

Stellungnahme der CDU Dudenhofen

Dudenhofen, den 17.04.2025

Großer Zuspruch zu den Positionen der CDU Dudenhofen

Die CDU Dudenhofen erlebt durch die eigenen Positionen in Bezug auf den von der Ortsspitze geplanten Grundstücksverkauf „In den Dreißig Morgen“ unter Bodenrichtwert an einen privaten Investor und zu den Positionen zum Hortneubau einen großen Zuspruch in der Bevölkerung in Dudenhofen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben uns kontaktiert und sind fassungslos, wie man in Dudenhofen einem privaten Dritten ohne Bezug zu Dudenhofen rund 330.000 € zum Bodenrichtwert auf Kosten unseres Haushalts nachlassen kann. Vielmehr ist die Meinung aus der Bürgerschaft, dass der Bodenrichtwert die untere Verhandlungsmaßzahl bilden sollte und viele Grundstücksveräußerungen oberhalb des Bodenrichtwerts durchgeführt werden.

Die Vielzahl der Gespräche, ob auf der Straße, im Supermarkt, in den Vereinen oder auf der Arbeit zeigen uns, dass dieses Thema die Bürgerinnen und Bürger sehr beschäftigt. Es gab sogar Einladungen von Bürgern nach Hause, um über das Thema mit uns zu sprechen. Besonders bemerkenswert ist auch das Lob von Personen, die der CDU eigentlich eher fern stehen. Dies ist ein enormer Zuspruch für unsere klare Haltung und bestärkt uns den eingeschlagenen neuen Weg beizubehalten. Als positiver Nebeneffekt überlegen sich einige Bürger in die CDU Dudenhofen einzutreten. Der Ortsspitze wird eine Abgehobenheit und Arroganz der Macht attestiert, die andere Meinungen und andere Ideen von oben herab einfach abkanzelt. Dieses Urteil aus der Bürgerschaft können wir aus eigener Erfahrung nur bestätigen.

Bei der letzten Ratssitzung am 27. März 2025 waren sehr viele Bürgerinnen und Bürger anwesend und viele konnten sich ein eigenes Bild vom Auftreten der SPD und der Grünen machen. Die Realitätsferne, Naivität und Überheblichkeit konnten viele Bürger hautnah erleben. Durch das ganze Verhalten und die Äußerungen zum Thema Hort haben sich SPD und Grüne an diesem Abend überhaupt keinen Gefallen getan. Den Bürgergesprächen nach der Ratssitzung ging man von Seiten der SPD und Grünen spürbar aus dem Weg. Eine anwesende Bürgerin im Beruf Lehrerin bewertete die Kompetenz im Bildungsbereich der Ortsspitze, der SPD und Grünen mit den Worten „Setzen, Sechs!“. Dieser Bewertung haben wir nichts hinzuzufügen.

Fragwürdige Vergabe der Hortplätze in Dudenhofen

Ein weiteres Thema in der letzten Ratssitzung war die Vergabe der Hortplätze. Die CDU Dudenhofen bekommt seit Jahren aus der Bürgerschaft vermittelt, dass das Thema Hortplatzvergabe ein absolutes Reizthema ist. Mangelnde Transparenz und die Gefahr von unfairen Ermessensentscheidungen sind hierbei die Hauptkritik. Auch für die CDU Dudenhofen sind einige Platzvergaben in der Vergangenheit objektiv nicht nachvollziehbar gewesen. Aufgrund von Datenschutzvorgaben ist es faktisch ausgeschlossen die Vergabe öffentlich zu machen.

Es ist aber eine Sache der Politik die Kriterien klar und deutlich zu formulieren. Das sich gerade die beiden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Simone Radler, und der Grünen, Felix Goldinger, sich zum Punkt der Hortplatzvergabe ausführlich äußern und das Vergabeverfahren emotional verteidigen, ist takt- und stillos. Nach deren eigenen öffentlichen Ausführungen haben beide Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt, dass deren eigene Kinder in der Vergangenheit alle einen Hortplatz erhalten haben, während im Besucherbereich eine Vielzahl an vollzeitbeschäftigten Eltern mit zum Teil langen Arbeitswegen saßen, die noch nie einen Hortplatz erhalten haben. Es zeigt eindrucksvoll, wie abgehoben und bürgerfern man mittlerweile ist. Man hat sich eine eigene Blase geschaffen, die jeglichen Anstand vermissen lässt. Alleine durch die Interessenskonflikte wäre es bei diesem Thema sinnvoll gewesen sich eher zurückzuhalten. Aber das Compliance bei SPD und Grünen ein Fremdwort ist, ist für uns keine neue Erkenntnis.

Dieses ganze Verhalten hat dem Ansehen der örtlichen Politik bei den anwesenden Bürgern schweren Schaden zugefügt und das Gefühl der unsauberen Platzvergabe bei der Elternschaft eher verstärkt als vermindert. Sobald die CDU Dudenhofen wieder in Verantwortung in Dudenhofen steht, werden wir die Vergabekriterien konkretisieren und in ein gewichtetes Punktesystem überführen. Dies wird in unserem Landkreis bereits praktiziert. In der Ratssitzung wollte man den Eindruck vermitteln, dass die Hortplatzvergabe in Dudenhofen analog zu anderen Kreisgemeinden stattfindet. Nach einer kurzen Recherche ist dies nicht ausnahmslos der Fall. Die Kriterien orientieren sich zwar an den Vorgaben des Kreisjugendamtes, aber die konkrete Platzvergabe läuft in einigen Orten gänzlich anders als in Dudenhofen ab.

Der vom sonst eher zurückhaltenden Felix Goldinger vehement vertretene Ermessensspielraum der Verwaltung muss aus unserer Sicht komplett zurückgedrängt werden. Bei den wenigen Hortplätzen ist es möglich, dass das Verwaltungshandeln und die Platzvergabe sich nach strengen Prüfkriterien ausrichtet. Selbstverständlich kann hierbei auch das emotional erwähnte Thema der Kindeswohlgefährdung als Kriterium aufgenommen werden. Hierüber entscheidet aber das Kreisjugendamt oder Sozialgerichte und keine persönliche Einschätzung von Seiten der Verwaltung, Schule oder Kitas.

Aktueller Stand des Investorenprojekts „In den Dreißig Morgen“

Nach unserer Intervention bei der Kommunalaufsicht findet gerade eine Überprüfung des Ratsbeschlusses zum Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks „In den Dreißig Morgen“ statt. Dabei wurden unsererseits diverse Prüfungsthemen eingeliefert. Die Kommunalaufsicht hat die Ortsgemeinde Dudenhofen um Stellungnahme gebeten und bis zur finalen Klärung den Notartermin untersagt. Hierüber hätte aus unserer Sicht der Gemeinderat und auch die Öffentlichkeit im Rahmen der Mitteilungen der Verwaltung bei der letzten Gemeinderatssitzung am 27. März 2025 durch den Ortsbürgermeister informiert werden müssen. Dieser relevante Sachverhalt wurde einfach verschwiegen.

In Sachen „In den Dreißig Morgen“ gibt sich insbesondere die SPD unbeirrt den fragwürdigen Weg weitergehen zu wollen. Die Grünen halten sich auffällig zurück und präsentieren sich mit einem ausgeprägten Kadavergehorsam. Alternativvorschläge werden ignoriert und somit auch nicht diskutiert. Der Verkauf soll entgegen jeder Vernunft und großer rechtlicher Bedenken einfach durchgedrückt werden. Erkennbar ist, dass es mittlerweile auch nicht mehr um die Sache geht, sondern um Machtdemonstration und dem unbändigen Willen der Denkmalsetzung. Da man sich bisher noch kein Denkmal gebaut hat, soll dies „In den Dreißig Morgen“ und zusätzlich mit dem Hortneubau augenscheinlich endlich realisiert werden. In der Stellungnahme der SPD zeigt sich erneut, dass man mit solchen Projekten überfordert ist und keinerlei Fachexpertise vorweisen kann.

Es ist geradezu lächerlich, dass man es bei einer derartigen Ausschreibung bedauert, dass sich keine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, wie z.B. der Kreiswohnungsverband Rhein-Pfalz beworben hat. Wenn die Kommune an derartigen Projekten mit dem Kreiswohnungsverband ein ernsthaftes Interesse hätte, dann entwickelt man das Konzept gemeinsam, wie jüngst in Hochdorf-Assenheim geschehen. Hierzu wäre aber ein vorheriger Austausch notwendig, der im Fall „In den Dreißig Morgen“ überhaupt nicht stattgefunden hat. Man lebt immer noch in der Traumwelt, dass ein privater Investor einen sozialen Wohnungsbau betreibt. Wer sich auskennt weiß, dass ein privater Investor bei den heutigen Bau- und Energievorgaben Kaltmieten zwischen 15 €/qm und 20 €/qm bzw. im Verkaufsfall mit 5.000 €/qm bis 6.000 €/qm kalkulieren muss. Kaltmieten im sozialen Wohnungsbau liegen bei ungefähr 7 €/qm.

Das Wunschdenken bei dem Investorenprojekt „In den Dreißig Morgen“ ähnelt stark den sozialistischen Vorstellungen für den „Wohnpark am Hainbach“. Um die Diskussionen „In den Dreißig Morgen“ zu beenden, suggeriert die SPD in ihrer Mitteilung an die Rheinpfalz, dass man sich durch die letzte Kommunalwahl für das Investorenprojekt bestätigt sieht und dies eben „gelebte Demokratie“ sei. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Ampelkoalition in der Legislaturperiode 2019 bis 2024 über 12 Sitze von 22 Sitze verfügte und in der aktuellen Legislaturperiode um 1 Sitz auf 11 Sitze reduziert wurde und somit auch die Ratsmehrheit verloren hat. Die Ampel verfügt über die gleiche Sitzstärke, wie CDU und FWG zusammen. Einzig und allein durch die Stimme des Ortsbürgermeisters wird die Ampel getragen. Hieraus lässt sich doch nun wirklich keine Bürgerzustimmung zum Investorenprojekt ableiten.